Sonnabend 9 Dezember 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 25 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 561

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Konferenz der vier Premierminister.

Frankreich und seine Alliierten.

Mussolinis Standpunkt. — Bedingte Unterstützung Frankreichs. — Pariser Mißtrauen gegen die Haltung Englands. — Die Gerüchte über neue deutsche Vorschläge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 9. Dezember.

Poincaré ist gestern abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhof von Bonar Law und dem englischen Kriegsminister empfangen worden. Mussolini kam erst drei Stunden später an. Er hatte Poincaré also gestern abend nicht mehr gesprochen. Hingegen hat der italienische Ministerpräsident auf dem Bahnhof von Lyon alle Aeußerungen für die Presse abgelehnt, auf dem Nordbahnhof hat er aber einige italienische und französische Journalisten empfangen. Er hat ihnen gesagt, daß er nach London fahre, um eine endgültige Lösung des Reparationsproblems oder wenigstens eine Besserung der Situation zu erreichen. Das könnte aber nicht durch Worte allein geschehen, sondern man müsse dazu entschlossen sein, zu handeln. Eine Verständigung unter den Alliierten sei notwendig und müsse erreicht werden. Italien habe durch den Krieg nicht so schwer gelitten wie Frankreich, aber auch Italien habe das Recht, Reparationen zu verlangen. Er glaube, daß Deutschland zahlen könne, und es würde auch bezahlen. Mussolini hält die Regierung Cuno für besser als das Kabinett Dr. Wirths. „Dr. Cuno ist ein energischer Geschäftsmann; Dr. Wirth aber hatte immer etwas vom Professor an sich (?), man konnte niemals mit ihm fertig werden." Die Pariser Zeitungen sind über diese Worte sehr erfreut, machen aber einige Vorbehalte. Es könnte sein, daß Mussolini mehr verlange, als versprochen werden könne. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", der die Konferenz eine Gleichung mit drei Unbekannten nennt, umschreibt die Wünsche Mussolinis ziemlich kar. Mussolini wird sagen: Wenn Italien nur 10 Prozent von den deutschen Zahlungen zu erwarten hat, wird die öffentliche Meinung erklären, für eine solche Kleinigkeit lohne sich nicht das Risiko eines Streites um „produktive Sicherheiten". Etwas anderes sei es, wenn der Anteil Italiens verbessert würde; dann könnte die Regierung eine größere Energie verantworten und die französischen Pläne kräftig unterstützen. Ob diese Prophezeiung in Erfüllung gehen wird, wird man bald erfahren. Die Haltung Englands wird dagegen von den Pariser Zeitungen, zum Teil mit deutlichem Pessimismus beurteilt. Der „Matin" hat seinen Chefredakteur Lanzanne nach London geschickt, und dessen erster Bericht beginnt diesmal über die Reparationsfragen verständigen werden, sind äußerst gering. Der englische Staatszug muß einen neuen Lokomotivführer erhalten, oder er fährt auf dem gleichen Gleise weiter, mit den gleichen Passagieren und in der gleichen Richtung." Neben die Absichten Poincarés wird in den Zeitungen nochmals alles zusammengetragen, was seit Wochen öffentlich bis zum Ueberdruß behandelt wurde. Die Bemühungen gehen dahin, den Eindruck unbeugsamer Energie hervorzurufen, aber dem englischen Verbündeten dennoch anzudeuten, daß kleine Zugeständnisse nicht unmöglich wären. So verrät heute der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail", daß Poincaré wahrscheinlich zustimmen würde, falls eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht als eine produktive Sicherheit, sondern als eine Sanktion für später grundsätzlich beschlossen würde, für den Fall, daß Deutschland die neuen Verpflichtungen, die man ihm auferlegen werde, nicht erfülle.

Es ist überflüssig, alle diese Hypothesen zu wiederholen, die durch Nachrichten aus London heute abend widerlegt sein können. Nur zur Information sei mitgeteilt, daß Lauzanne dem „Matin" als den Standpunkt des englischen Schatzkanzlers Stanley Baldwin bezeichnet: Moratorium von zwei oder drei Jahren; neue Kontrolle über die Ausgaben des Deutschen Reiches; Verpflichtung zur Einstellung der Banknotenfabrikation; Herabsetzung der deutschen Reparationsschulden; Vertagung der Beratung über den Ausgleich der alliierten Kriegsschulden und über die internationalen Anleihen. Was Poincaré auf einen Vorschlag dieser Art antworten würde, gilt als bekannt. Der „Temps" erhebt noch einmal das Schlachtgebrüll: „Kein Moratorium ohne Pfänder!" und weist im übrigen darauf hin, daß in London nicht etwa eine offizielle Konferenz, sondern nur eine „private" Vorbesprechung der am meisten beteiligten Minister stattfinde, der alle anderen Staaten am besten fernbleiben würden. Aus den weiteren Bemerkungen geht hervor, daß diese Worte nur als ein Wink mit dem Zaunpfahl gedacht sind. Die Anwesenheit der drei Botschafter der Vereinigten Staaten beunruhigt die öffentliche Meinung Frankreichs, obwohl heute abend aus London gemeldet wird, daß dieses Zusammentreffen nur ein zufälliges sei. Der „Temps" versichert, daß Frankreich „nichts zu verheimlichen und nichts zu befürchten habe". Millet scheint nicht ganz der gleichen Ansicht zu sein, wie seine gestern gemeldete Bemerkung über die Gefahren des geheimen Berichts Dariacs zeigt.

Die Mitteilungen französischer Blätter über die neuen deutschen Reparationspläne finden hier lebhaftes Interesse. „Wir müssen den Kanzler Cuno loben," schreibt „Ere Nouvelle", „weil er positive Anstrengungen macht, dem berechtigten Verlangen der Alliierten zu entsprechen. Soweit wir es beurteilen können, ist der Reparationsplan nicht ganz neu, er hat Aehnlichkeit mit einem Projekt, das vor einiger Zeit in der Reparationskommission beraten wurde und damals die italienischen Delegierten besonders interessierte." Der „Temps" will abwarten, spricht aber die Ansicht aus, daß der Plan des Kanzlers Cuno „zu spät kommt, um aufrichtig zu sein". Diese Anmerkung ist nicht ganz verständlich, da Herr Cuno zu erst seit zwei Wochen Kanzler ist und deshalb früher keine Pläne präsentieren konnte.

Die Mitteilung der gestrigen Abendblätter, daß der Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten, Myron T. Herrick, nach London reisen werde, ist unrichtig. Herrick bleibt in Paris. Nach einer Mitteilung des Londoner Korrespondenten des „Petit Parisien" haben gestern die drei in London anwesenden Botschafter der Vereinigten Staaten eine längere Beratung mit dem Senator Medill Mac Cormick gehabt. Einige Zeitungen melden aus London, es sei dort die Nachricht eingetroffen, daß am Sonnabend oder Sonntag ein neuer deutscher Plan für die Reparationen in London vorgelegt werden soll, wahrscheinlich in Gestalt eines Schreibens des Kanzlers Cuno. „Die Neuigkeit" wird nach dem „Matin" skeptisch beurteilt. Poincaré hat gesagt: „Warten wir ab, bis dieser Plan eingetroffen ist." In den Pariser Zeitungen, die sich seit gestern ebenfalls mit den Andeutungen über das Projekt Cunos beschäftigen, zeigt sich gleichfalls die Vorsicht, aber auch gespannte Erwartung.

Die englischen Industriellen für ein Moratorium.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

X Haag, 9. Dezember.

Der Präsident der Vereinigung der britischen Industrie hatte gestern eine Unterredung mit Bonar Law. Er schlug vor, die Forderungen Englands an die Alliierten nicht zu streichen, solange die Wiedergutmachungsfrage nicht geregelt sei. Die interalliierten Schulden seien es gerade, die England in den Stand setzten, einen großen Einfluß auf diese Regelung auszuüben. Ein Moratorium für Deutschland hält der Präsident für geboten.

Rom, 9. Dezember.

Der „Messaggero" berichtet von dem einmütigen Protest der öffentlichen Meinung Englands gegen die Sanktionspolitik Poincarés. Alle Volkswirtschaftler und Finanziers stimmten der Tagesordnung des Bundes der englischen Handelskammern zu, wonach Deutschland ein mehrjähriges Moratorium einräumen und die Besetzung der Rheinprovinz baldmöglichst aufzuheben sei.

London, 9. Dezember. (W. T. B.)

Die gesamte Presse weist auf die Bedeutung der heute vormittag 10½ Uhr beginnenden Konferenz der vier alliierten Premierminister in Downingstreet über die Reparationsfrage hin. „Daily Telegraph" zufolge hat Japan erneut den Antrag auf Zulassung zur Konferenz gestellt. Bonar Law hat die Premierminister Frankreichs, Belgiens und Italiens auf heute abend zum Essen in kleinem Kreise geladen, an dem auch Bradbury und Lord Derby teilnehmen werden. Die „Times" schreiben: **Das Hauptziel der Konferenz sei wirtschaftliche Wiederherstellung und nicht die Durchführung von Zwangsmaßnahmen.** Wie die geplante Besetzung des Ruhrgebiets oder die Uebertragung der Autonomie im Rheinlande an französische Beamte, die die finanzielle Erholung Deutschlands und die Stabilisierung der Mark völlig unerreichbar machten. Strenge Druckmaßnahmen und Sanktionen dürften nur angewandt werden, falls sich die deutsche Regierung weigern sollte, die ihr auferlegten Maßnahmen durchzuführen. Eine Anleihe irgendeiner Art sei vollkommen unmöglich, bevor die deutsche Währung stabilisiert sei. „Daily Telegraph" zufolge herrscht in manchen britischen Kreisen eine hoffnungsvolle Ansicht über gewisse Seiten der deutschen Anleihevorschläge, da die neue deutsche Regierung eine Regierung der Industriellen sei. Frankreich sei sich bewußt, daß die Beschlagnahme des Ruhrgebiets und die Uebernahme der Rheinlande in eigene Verwaltung bei der britischen öffentlichen Meinung auf Ablehnung stoße, und es wisse auch, daß Amerika sich noch energischer widersetzen würde. Diese Erkenntnis erkläre zweifellos die Poincaré zugeschriebene Neigung, die Erörterung auf ein von Garantien abhängiges Moratorium zu beschränken. Für ein bedingungsloses Moratorium trete niemand mehr ein.

Harding über die Hilfsbereitschaft Amerikas.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Haag, 9. Dezember.

Gestern ging dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft des Präsidenten Harding über seine allgemeine Politik zu. Darin kündigt er die Durchführung des Alkoholverbots an und wies auf die Notwendigkeit hin, daß Verkehrswesen im Lande weiter zu entwickeln. Auch wünscht er Ausdehnung des Kreditwesens. Weiter regt er zwei Anträge auf Abänderung der Verfassung an; der erste werde eine Beschränkung der Ausgabe von steuerfreien Obligationen möglich machen und der andere werde der Regierung der Union die Befugnis geben, die Kinderarbeit zu regeln. Ueber die außenpolitische Lage Amerikas urteilt Harding sehr optimistisch. **Die Union sei noch immer bereit, Europa zu helfen, aber dies dürfe nicht zur Folge haben, daß die eigene Lage Amerikas dadurch verschlimmert werde.** Harding sagte auch: „Der Krieg hat Amerika zum Gläubiger aller Völker gemacht; wir haben aber ihr angestrebt, mehr Gold zu besitzen als andere und wir bemühen uns auch nicht, internationaler Diktator zu werden.

London, 9. Dezember. (W. T. B.)

In seiner Botschaft über die auswärtigen Angelegenheiten sagte der Präsident, das Land habe seinen Einfluß in weitem Maße dazu verwandt, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen, die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternähme. Dieser Verpflichtung, die Amerikas Idealen entspreche und durch die amerikanische Regierungsform geschaffen worden sei, werde die Regierung bereitwillig nachkommen. Indessen müßte jeder Nation gestattet sein, auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen, anderenfalls sei ihr internationaler Wert nur gering.

Rußland in Lausanne und in Moskau.

Das Problem der Meerengen. — Minimal- und Maximalprogramme.

Von Dr. K. J. v. Voss (Hans Vorst). [Nachdruck verboten.]

In einer Anekdote von schauerlichem Witz erzählt Chamfort, daß einem französischen Offizier, der nicht im Rufe großer Geistesgaben stand, in der Schlacht durch eine Kugel der Kopf zerschmettert wurde, so daß ein neben ihm stehender Edelmann von dem Gehirn bespritzt wurde; worauf dieser sich ruhig seine Uniform abputzte und bemerkte: „Es ist erstaunlich, daß ein Mann so viel Gehirn haben kann, der so wenig Kopf besaß." Ich weiß nicht, ob beabsichtigt ist, diese Anekdote zum Symbol der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zu machen. Jedenfalls ist Europa schon lange nicht so kopflos gewesen, wie jetzt, und manchmal scheint es, als ob wir noch einmal sehen sollen, wie viel Gehirn Europa doch besitzt.

Die Konferenz von Lausanne ist angeblich einberufen worden, um eine dauernde friedliche Regelung der Probleme des nahen Orients herbeizuführen, was offenbar ohne das Einverständnis Rußlands nicht möglich ist. Da Rußland nur durch seine tatsächliche Regierung, die Sowjetregierung, vertreten werden kann, so waren zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder man legte auf die Mitwirkung der Sowjetregierung keinen Wert, weil man sie nicht als eine rechtmäßige Regierung Rußlands anerkannte oder daran zweifelte, ob ihre Unterschrift von etwaigen künftigen Regierungen Rußlands als bindend betrachtet worden wäre — dann durfte man sie zu der Konferenz nicht einladen. Wenn man aber die Sowjetregierung einlud, so mußte man sie vernünftigerweise zur Verhandlung über die gesamten, in engem Zusammenhang miteinander stehenden Probleme der Konferenz hinzuziehen; die Logik der Sowjetnoten ist in dieser Hinsicht unwiderleglich. In beiden Fällen aber hätte, sofern der Zweck der Konferenz richtig angegeben wäre und ein wenig Vernunft die Welt regierte, die Politik der Mächte auf der Konferenz die gleiche sein müssen: einen Ausgleich für die widerstreitenden Interessen zu suchen, der auch billigen und vernünftigen Ansprüchen Rußlands nach Möglichkeit gerecht würde, so daß es im wohlverstandenem Interesse auch etwaiger künftiger russischer Regierungen liegen mußte, die getroffene Regelung nicht ohne Not anzufechten.

Aber die Vernunft hat eingepackt und die gewählte Lösung, die Sowjetregierung nur zu dem gewiß sehr wichtigen, aber willkürlich herausgegriffenen Problem der Meerengen hinzuzuziehen, ist eine Verlegenheitslösung schlimmster Art, die gewiß keine gute Vorbedeutung für den Geist und das Ergebnis der Konferenzbeschlüsse darstellt.

Ueberdies, so kopflos die Welt auch sei, steht sie doch reichlich auf dem Kopfe. Lord Curzon hat, wie aus Lausanne gemeldet wird, auf die Rede, in der Tschitscherin den bekannten russischen Standpunkt in der Meerengenfrage darlegte, ironisch erwidert, Tschitscherin sei der Vertreter Sowjetrußlands, der Ukraine, Georgens und anscheinend auch der Türkei; ob er sich vielleicht auch als Vertreter Englands fühle? Worauf Tschitscherin schlagfertig und historisch unbestreitbar zutreffend erwiderte: „Jawohl, unsere gegenwärtigen Forderungen waren bis zum Jahre 1918 die Forderungen Englands."

Die Replik Lord Curzons war offenbar dadurch hervorgerufen, daß Tschitscherin, ähnlich wie in seinen Berliner Erklärungen, den Standpunkt der Sowjetregierung zur Meerengenfrage als ein uneigennütziges und von ewiger Gerechtigkeit diktiertes Eintreten für die Hoheitsrechte der Türkei auf ihr Gebiet und ihr territoriales Gewässer hingestellt hat. Karl Radek sagt das in der „Roten Fahne" andersrum: „Sowjetrußland unterstützt die Türkei nicht um der schönen Augen ihrer Regierung willen, sondern weil es in dem Siege der Türkei einen Faktor von großer Bedeutung erblickt, der zur Revolutionierung des Ostens beiträgt und dadurch das Weltproletariat und die russische Revolution stärkt." Aber auch Radek kann sich nicht ohne die Gerechtigkeit behelfen und fährt fort: „Sowjetrußland wird daher in Lausanne die gerechten Forderungen der Türkei unterstützen."

Im Grunde ist weder Tschitscherin so fromm, noch Radek so schrecklich, wie es aussieht. Jeder, auch Curzon, macht gern einen Witz, und der Lord wird wohl nicht darüber im Zweifel sein, daß Tschitscherin in der Meerengenfrage kein türkisches, sondern ein russisches Programm vertritt, und zwar das gegenwärtig einzig mögliche russische Programm, man kann sagen das russische Minimalprogramm. Die russische Delegation fordert für die Türkei volle Souveränität über die Dardanellen und den Bosporus und das Recht, Befestigungen anzulegen, Sperrung der Meerengen für alle Kriegsschiffe außer den türkischen und Garantie für die freie Passage der Handelsschiffe. Das ist aufs Haar auch das bis zum Kriege verwirklichte Minimalprogramm des zarischen Rußlands in dieser Frage gewesen. Maximalprogramme gab es verschiedene. Als ich zuletzt, vor über sechs Jahren, im Oktober 1916, das Meerengenproblem an dieser Stelle behandelte, da hatte Miljukow, der damals noch nicht Minister gewesen war, freudig bewegt aus der Schule geplaudert, daß die Alliierten eingewilligt hätten, den von Dostojewski mystisch verklärten russischen Traum von dem Besitz der Dardanellen und der „Zarenstadt" Byzanz in Erfüllung gehen zu lassen, und es galt, zu beweisen, daß das doch wohl schon aus gewissen inneren Gründen nicht gehen würde. Aber auch besonnene Russen, die, wie der von Witte gewiß zu hart gegeißelte General Kuropatkin, jenen Traum für schädlich hielten, wünschten für Rußland doch etwas mehr